

# Graphische Stimmen

Organ für Vertretung der Interessen aller in graph. Kunstanstalten, Buchbindereien (und verwandten Berufen) der Papier-, Tapeten- und Farbenbranche beschäftigten gelernten Arbeiter, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen.

Erscheint alle 14 Tage. Abonnementpreis 75 Pfg. vierteljährlich.  
Für die Mitglieder durch die Zahlstellen gratis.

Redaktion u. Verlag: Köln, Palmstraße 14.  
Redaktionschluss: Montag-Abend.

Anzeigenpreis: die 4sp. Zeitsp. 20 Pfg.  
Für Mitglieder und in Verbandsangelegenheiten 10 Pfg.  
Für Postbezug: Postamt Köln.

## Arbeiterinnen! Vor die Front!

Es gibt kaum noch ein Gebiet des öffentlichen Lebens, das heute nicht im Zusammenhang mit der sogenannten Frauenfrage diskutiert würde. Ohne Uebertreibung kann man sagen, daß es auch im wirtschaftlichen Kampf der Arbeiterschaft von ausschlaggebender Bedeutung ist, ob die Frauen mitwirken oder nicht. Die Lage der arbeitenden Frauen und Mädchen ist in erster Linie verbesserungsbedürftig. In den Kreisen der Unternehmer tut man oft so, als ob die Frauenarbeit schon viel zu gut bezahlt würde. Dabei wird die Zahl der Arbeiterinnen in allen Berufen immer größer.

Die beiden Tatsachen, daß die wirtschaftliche Lage der Arbeiterinnen sehr verbesserungsbedürftig ist — und daß das zahlenmäßige Anwachsen der Arbeiterinnen die Stellung der Arbeiterinnen zu einer ausschlaggebenden macht — haben die christlichen Gewerkschaften ebenso wie die sozialdemokratischen dazu geführt, die Organisation der Arbeiterinnen besonders lebhaft zu fördern. Während Heimarbeiterinnen und Textilarbeiterinnen zu Tausenden in christlichen Berufsverbänden organisiert sind, müssen wir zu unserer Schande gestehen, daß wir bisher wenig Einfluß auf die Arbeiterinnen in den graphischen Berufen gewonnen haben. Wer jedoch die Verhältnisse kennt, die uns so sehr ungünstig sind und eine wirksame Agitation unter den Arbeiterinnen erschweren, der wird uns keine Vorwürfe machen können. Zunächst ist es leider eine Tatsache, daß in vielen großen Buchbindereien der Einfluß der rot organisierten Arbeiter auf die Arbeiterinnen so groß ist, daß wir uns vorerst wenig Hoffnung machen können, in diesen Kreisen erfolgreiche Propaganda treiben zu können. Das wird nicht eher möglich sein, bis die Sozialdemokratie als Partei abgewirtschaftet und das Vertrauen der Arbeiterwelt verloren hat. Man braucht kein Prophet zu sein, um sagen zu können, daß dieser Zeitpunkt im 20. Jahrhundert noch eintreten wird. Wer allerdings meinen sollte, daß dies schon in einigen Jahren eintreten könne, kennt unsere Genossen schlecht. Solange die Genossen als Minoritätsgruppe Opposition machen und anklagen können, haben sie den Beifall der großen Masse. Wenn sie aber da oder dort die Verantwortung bekommen werden, dann geht ein ganz anderer Wind. Doch dies nur nebenbei.

In vielen Orten, wo wir eine Zahlstelle haben, hat man sich erfreulicherweise energisch daran gemacht, auch die Arbeiterinnen unsern Verbänden zuzuführen. In manchen anderen Orten dagegen glaubt man die Meinung vertreten zu können, daß die Arbeiterinnen auch unorganisiert bleiben könnten. Wie kommt man zu dieser Auffassung?

Die Arbeiterinnen, so sagt man, arbeiten ja doch nur einige Jahre im Berufe, dann heiraten sie oder gehen zu einem anderen Berufe über. Weiter sei es doch nicht möglich, die Arbeiterinnen in die Versammlungen zu bekommen und noch viel weniger könnte man ihnen Interesse für die Bestrebungen des Verbandes beibringen. Manchmal wird sogar die Ansicht vertreten, daß man die jungen Kolleginnen nur dann im Verbands halten könne, wenn sie dort Gelegenheit zum pouffieren fänden. Dann

gibt es auch Eltern von jugendlichen Kolleginnen, die schon deshalb nicht gerne sehen, daß ihre Tochter dem Verbands beitrifft, weil sie fürchten, es könnte der außerdienstliche Verkehr mit den Kollegen die oben angeführte Gelegenheit zu einem Mißbrauch in permanenz werden lassen. Gegenüber all diesen Einwänden wäre zu sagen:

1. Wenn eine Kollegin auch wirklich nur kurze Zeit im Berufe tätig wäre, so fallen ihr doch für diese Zeit die Vorteile zu, die der Verband geschaffen hat, oder die er an Unterstützungen gewährt. Viele Arbeiterinnen, die sich verehelichen, sind gezwungen, auch nach der Verheiratung im alten Geschäft weiter zu arbeiten, und sie haben also schon gar keine Ausrede mehr — ebensowenig wie ein Arbeiter, der vielleicht (!) einmal selbständig wird oder in einen anderen Beruf übergeht.

2. Es ist zuzugeben, daß unser gegenwärtiges Versammlungswesen vielfach den Wünschen und Besonderheiten der Arbeiterinnen ganz und gar widerspricht. Lange Reden, umständliche Diskussionen

Wie? Du solltest noch kein einziges Mitglied gewonnen haben? Und wenn es so wäre — war es etwa Gleichgültigkeit, die Dich zu solcher Tatenlosigkeit verleitet?

Ein tatenloses Leben ist kein Leben.

Wenn Du in Deiner Eigenschaft als Verbandsmitglied noch nichts getan hast, um den Verband zu fördern, bist Du dann nicht ein totes Glied? Ist es nicht unehrlich, so teilnahmslos zu sein? Du kennst doch eine unorganisierte Kollegin, einen unorganisierten Kollegen, einen unorganisierten Lehrling und hast noch nie Zeit gehabt, sie über den Verband zu unterrichten, dem Du angehörst?

Es wäre traurig, wenn es so wäre. Noch schlimmer aber wäre es, wenn Du nicht sofort den festen Entschluß fassen und ausführen wollest, in den kommenden Wintermonaten das Veräumte nachzuholen.

Sei geschribt!

Wäge die Zeit!

Was Du schaffst für den Verband

Ist Dir selbst zum Segen.

Überall im deutschen Land

Ist „Dein Selbst“ gelegen.

und das alles in einem rauchgeschwängerten Raum — das ist so ungeeignet wie nur möglich. Ein weiteres Übel in unserem Versammlungswesen ist, daß man häufig so spät beginnt und daher erst kurz vor Mitternacht zum glücklichen Ende kommt. Später als um 8 Uhr soll daher keine Versammlung beginnen, wenigstens keine solche, zu der die Kolleginnen eingeladen werden. An solchen Orten, wo die Kolleginnen schon in größerer Anzahl vertreten sind, wäre zu erwägen, ob man nicht ein Rauchverbot für die Kollegen einführen soll, und ob nicht in anderer, geeigneter Weise den Gepflogenheiten des Frauengeschlechts entgegenzukommen ist.

3. Soll es gelingen, die Kolleginnen zu überzeugen und tätigen Anwälten unserer Sache zu machen, müssen wir vor allem auch in freundschaftlicher Weise mit den Kolleginnen verkehren; nicht nur im Geschäft, sondern auch außerhalb desselben, vielleicht in Vereinen und bei Veranstaltungen, wo

man mit ihnen zusammenkommt. Es ist ohne weiteres klar, daß diese im wahrsten Sinne des Wortes individuelle Agitation nicht von jedem Kollegen geleistet werden kann, daß sie überhaupt schwierig ist.

Nichtsdestoweniger muß sie gemacht werden. Freilich muß der Kollege, der die Grundgedanken der christlichen Organisation mit solcher Wärme erläutern will, daß seine Kollegin mitgerissen wird, selbst in allen Dingen genau Bescheid wissen, und vor allem auch dessen eingedenk sein, daß zu der Kollegin in anderer Form gesprochen werden muß, als zum Kollegen.

4. Wer aber die notwendigen Fähigkeiten hat, der wird nicht in die Gefahr kommen, eine Erörterung über den Zweck der Gewerkschaften mit allerlei Pöbeln zu verknüpfen. Nichts imponiert schließlich einer Kollegin mehr, als wenn sie sieht, daß der Kollege, der für die Verbandsache wirbt, ganz bei dieser Sache bleibt. Der Rufm der sogenannten Fegen ist es, mit Arbeiterinnen nur über die Erlebnisse oder Vorkommnisse aus dem Tanzboden zu disputieren und sich in dieser Richtung als Helden zu beweishräuchern. Es gibt eben für den besonnenen Arbeiter noch wichtigere Gesprächsthematas und die Arbeiterinnen könnten durch nichts besser den Beweis für ihre „Emanzipation“ bringen, als dadurch, daß sie in solchen Fällen auch mit Verständnis und Ernst mitwirken wollten.

Nach all dem Gesagten hängt es also meist nur von uns ab, ob wir die Kolleginnen als Mitkämpferinnen neben uns haben, oder nicht. Daß wir auch Gründe genug haben, sie aufzunehmen, zeigt uns auch ein flüchtiger Blick auf die gegnerischen Verbände, zeigt uns ein Blick auf unser Ziel, das ganze Wirtschaftsleben vom Bann der Klassenkampftheorie zu befreien und im Sinne des christlich-sozialen Reformprogramms zu beeinflussen. Alle unsere Mitglieder aber, besonders unsere Kolleginnen, mögen wenigstens dafür Sorge tragen, daß ihnen bekannte Kolleginnen unverzüglich dem Verbands zugeführt werden. Ernst ist das Leben — heiter die Kunst! Man möchte fast sagen, wenn man das Leben ernst auffaßt, nur dann kann man auch noch des Tages Arbeit die Kunstgenüsse, die heutzutage auch dem Arbeitervolk geboten werden, freudig genießen und mit heiterer Miene wieder zur ecutsten Arbeit zurückkehren. Wer aber nie zu haben ist für die ernstesten Dinge, die unsere Lebensbedingungen formen, der wird auch nicht den Versuch machen, sein Vergnügen an anderen Orten zu suchen, als in sogenannten Klimbim-Theatern und ähnlichen Lokalen mit zweifelhaftem Ruf.

Vor die Front!

Heraustrreten muß die organisierte Arbeiterin aus der stumpfsinnigen Gleichgültigkeit, muß zeigen, daß auch sie recht verstanden hat die Parole der christlichen Gewerkschaftsbewegung: „Es soll der gesamte Arbeiterstand geistig, sittlich und wirtschaftlich gehoben werden, damit er als gleichberechtigtes und vollwertiges Glied mitten im volkswirtschaftlichen und staatlichen Leben daselbe als ein unerschütterlicher Stamm, dessen Äste und Zweige frisches Leben durchströmt und aus deren Äuften die Früchte in Form einer wohlgerogenen und arbeitsfrohen jungen Generation heranzehren.“

# Unser Jahresbericht und die Buchbinder-Zeitung.

Die sozialdemokratische „Buchbinder-Zeitung“ versucht in Nr. 38 unseren Jahresbericht pro 1911 nach der bei ihr üblichen Methode eines Wiederträgers herabzuwürdigen. Unsere Ausführungen über die Vorgänge in W.-Glabbach, Bonn und Regensburg sucht man als längst widerlegte, abgehandelte Lügen zu bezeichnen.

Ja, liebe Tante, wir beziehen den Schmerz und Gesehen gerne zu, daß sie sich rechtlich bemüht haben, die Vorgänge in den vorbenannten Orten in das Gegenteil umzugüllen. Wir erinnern an ihre wiederholten Ausführungen über Streikbrecher, Arbeiterverräter und dergl. mehr. Als ein großes Verbrechen glaubt der Schreiber in der roten Zentrale konstatieren zu müssen, daß vor die Vertreibung des Kollegen B. wegen angeblicher Schlußschädigung im Geschäftsbericht nicht erwähnt haben. Und mit Fettdruck wird hervorgehoben:

„Mit keinem Wort wird aber der Tatsache Erwähnung getan, daß der ehemalige Vorsitzende des christlichen Verbands und Redakteur der „Graph. Stimmen“, — über, wie es im Jargon der „Graph. Stimmen“ heißt: des zur Dienstleistung an der Zentrale besetzten Bennemanns, wegen Sabotage, d. h. weil er Seifenpulver in die zum Abreiben der Goldschmiede bestimmten Papierpäprie schütten ließ, damit die Goldschmiede, welche Mitglieder unseres Verbandes anfertigten, mißlingen, zu 50 Mk. Geldstrafe verurteilt wurde, daß zwei weitere von ihm verführte „Christen“ zu 30 Mk. und einer zu 20 Mk. Strafe verurteilt wurden. Schnuppstabat-Bennemanns wurde trotz dieses Schurkenstreiches von den „Graph. Stimmen“ in Schutz genommen und ist jetzt noch Mitglied des Zentrums-Gewerksvereins für „Wahrheit, Freiheit und Recht“.

Wir haben bereits wiederholt ausgesprochen, daß wir den von den Streikenden in W.-Glabbach unternommenen Versuch, die Streikbrecher zu schädigen, mißbilligen. Aber es stellt eine geradezu an, fortgesetzt zu sehen, daß rote Drahtzieher ihre eigene Schande in der Weise zu verdecken trachten, indem sie jene, welche um die Verbesserung ihrer Lage rangen, als eigentliche Sünder zu brandmarken versuchen. Ist es vielleicht ehrenhaft jene zu verteidigen, die als organisierte Arbeiter den gemeintem Verrat, Streikbruch begehen? Der Buchbinder-Zeitung gebührt ein solch zweifelhafter Ruhm.

Barum sind die in unserem Verband organisierten Goldschmiedmacher der Firma Mißfarth außer Lohn und Brot gekommen?

Weil die Buchbinder-Zeitung die gewünschte Sperte nicht verhängte und Mitglieder des sozialdemokratischen Buchbinderverbandes, trotz Kenntnis der Sachlage als Streikbrecher deren Stellen besetzten. Ja, wir wissen heute bestimmt, daß die Zentraleitung in Berlin ihre Zustimmung gegeben hat.

Der bekannte Vorsitzende der W.-Glabbacher Ortsgruppe des sozialdemokratischen Buchbinderverbandes, Herr Schröder, sowie der sog. Gewerkschaftssekretär Müller von dort haben doch selbst, nachdem der erste Arbeitswille im Betriebe tätig war, die Streikenden betraut, ob sie diesem nicht einen Streich spielen könnten. Sie haben ja geradezu die Anregung zu dem gegeben, was sie heute verurteilen. Doch zu der Zeit drehte es sich um einen „Unorganisierten“. Aber auch dieser erwiderte, nachdem er in Gemeinschaft mit Buchbinderverbändlern kurze Zeit als Arbeitswilling fungiert hatte, die Qualifikation zum Mitglied des „berühmten“ Buchbinderverbandes.

Die Buchbinder-Zeitung nennt die von unseren Kollegen unternommene Handlungsweise gegenüber Streikbrechern einen Schurkenstreik. Wir überlassen es den Lesern darüber nachzudenken, ob die Abgabe einer kleinen Tüte Seifenpulver zum Einführen in die

zum Abreiben der von Streikbrechern angefertigten Schmitze bestimmten Spähne, oder der seitens der organisierten Arbeiter begangene Streikbruch als gemeinere Handlungsweise anzusehen ist.

Der alte Vorwurf, und als politisch, d. h. als Zentrums-Gewerksverein hinzuzufügen, wird diesbezüglich noch lange nicht zur Wahrheit, denn wir haben nie wieder für das Zentrum, noch für eine andere politische Partei Propaganda gemacht.

Unser Zuwachs von 210 Mitgliedern soll nur von „hinterwäldlichen Gegenden, von armen, irrgelassenen Papierfabrikarbeitern“ herrühren. Wir möchten der Tante raten, ihr Willkür zu sparen, denn erstens ist ihre Behauptung falsch, daß der Zuwachs nur aus Papierarbeitern besteht, und zweitens haben die in unserem Verband organisierten Papierarbeiter schon mehr Vorteile von der Organisation erreicht, als die „reichen“ ortorganisierten Herren Buchbinder anderer Reichsstadte. Die „armen“ christlich-organisierten Papierarbeiter haben teilweise Mindestlöhne von 4 Mk. bis 5,30 Mk. und können sich zum Beispiel schon in Bezug auf Verdienst mit den von „mächtigen“ Buchbinderverband bereicherten Mitgliedern in Dresden, Hannover, Nürnberg und vielen anderen Orten messen.

Wenn die Tante mit dem gewaltigen Zuwachs von 2049 im Buchbinderverband pro 1911 prahlt, so wollen wir sie nur daran erinnern, daß derselbe sich hauptsächlich aus den sozialdemokratischen Hochburgen, wie Berlin, Leipzig, Chemnitz, Dresden zusammensetzt. In der Provinz hat dagegen der rote Verband neben geringen Zunahmen auch bedeutende Verluste erlitten.

Ueber „hohe“ Verwaltungskosten, Unterhaltungen u. dgl. werden wir unsern Kritikern aus der Berliner Urbanstraße noch eine besondere Lesung halten.

## Einige Gedanken zur 19. Jahresversammlung des Hauptverbandes Deutscher Ortskrankenkassen.

Vom 18. bis 20. August fand im alterwürdigen Gützengasse zu Köln die diesjährige Generalversammlung des genannten „Hauptverbandes“, der sich früher „Zentralverband von Ortskrankenkassen des Deutschen Reiches“ nannte, statt. Die Tagung war von ca. 900 Delegierten besucht. Wenn man die erschienenen Gäste hinzuzählt, mögen im ganzen 1200 Menschen teilgenommen haben. Die Beteiligung von Delegierten war erheblich stärker als in den vorhergehenden Jahren. Der Grund der diesjährigen starken Teilnahme ist wohl in der Hauptsache in der mangelnden Arbeit bei vielen Krankenvorständen gegenüber den Neuerungen der Reichsversicherungsordnung zurückzuführen. Die Tagesordnung der Generalversammlung war eine äußerst umfangreiche. Am Sonntag, den 18. August, fand die erste Versammlung, die sogenannten „Vorbereitungssitzung“, in welcher die vom Vorstand aufgestellte Tagesordnung pro forma den Delegierten zur Annahme vorgelegt wurde. Natürlich wurde alles einstimmig gutgeheißen, wie denn überhaupt in solchen Massenveranstaltungen stets einige geschickte Drahtzieher — und das sind die sozialdemokratischen Arrangure Fräßdorf, Simonowski, Graf und „Genossen“ ohne Zweifel — mit ihrem Willen durchdringen. Die Referate waren folgendermaßen verteilt: 1. Generalsekretariate und Reichsversicherungsordnung, Referent Dr. med. Hanauer-Frankfurt. 2. Das Verhältnis der Krankenkassen zu den Ärzten: Brackel-Köln. 3. Das Verhältnis der Krankenkassen zu den Apotheken: Apotheker Staller-Charlottenburg. 4. Die Einziehung der Beiträge der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung durch die Krankenkassen: Eichstädter-Weimar. 5. Das Dienstverhältnis und die Dienstordnung der Krankenkassen: sog. Abg. Brandes-Wagdeburg. 6. Die Privatangehörtenversicherung: Justizrat Meyer-Frankenthal. Der 8. Punkt der Tagesordnung,

„Praktische Verwaltungsfragen“, fiel aus und soll in der Krankenfassenzeitung und in dem Blatte der Affen-angehörigen ventiliert werden.

Interessant war die Bemerkung des Vorsitzenden und sozialdemokratischen Abgeordneten Jul. Fräßdorf-Dresden über das Entweichen der Referate. Er erklärte, daß alle Referate vorher dem Hauptvorstande (in dem natürlich die Sozialdemokraten die erste Rolle spielen) vorgelegt werden, und dann in Einling mit der Ansicht besprochen werden. Das Referat des Justizrats Meyer-Frankenthal über die Angehörigenversicherung hatte zufälligerweise dem Hauptvorstand nicht vorgelegt und wurde deshalb auf Verlangen Fräßdorfs gar nicht diskutiert, da sowohl der Vorstand wie auch die meisten Delegierten mit den Ausführungen des Herrn Justizrats Meyer nicht einverstanden seien. Eine wirklich förmliche Vereinbarung zur Ablehnung einer Diskussion.

Auf die einzelnen Referate soll hier nicht näher eingegangen werden, da die Tagespresse teils Auszüge oder den wesentlichen Inhalt derselben wiedergegeben hat. Nur über den Geist, der im „Hauptverband“ waltet, und über gewisse symptomatische Vorkommnisse sind einige Ausführungen am Platze. Von den bürgerlichen Reichstagsabgeordneten war niemand erschienen, nur die sozialdemokratischen Abgeordneten Schreiber und Dr. Erdmann nahmen an der Tagung teil. Der Vorsitzende des Hauptverbandes ist, wie bekannt, der sächsische sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Jul. Fräßdorf. Die Verbandszeitschrift, „Deutsche Krankenfassenzeitung“ erscheint im Verlage der Zentrale für das Deutsche Krankenfassenwesen, Berlin, welcher der bekannte Obergenosse Simonowski-Berlin, vorsteht. Selbstverständlich richtet diese Krankenfassenzeitung alle ihre Artikel und polemischen Ausführungen so ein, daß sie sich mit der Stellungnahme der sozialdemokratischen Fraktion zur Sozialgesetzgebung decken, bezw. ihr nicht entgegensteht. Die Hauptreferate der Generalversammlung waren natürlich bewährten „Genossen“, wie z. B. Brandes-Wagdeburg, Graf-Frankfurt, oder den „Genossen“ eng befreundeten, sogenannten „neutralen Herren“ übertragen. Fräßdorf selbst redete unermüdetlich und rentte mit viel Geschick die Geschichte immer wieder ein, wenn einer der „Genossen“, sei es im Referat oder in der Diskussion, zu auffällig den sozialdemokratischen „Redebezug“ hervorzuheben ließ. Bei dieser Tagung bewarb er sich besonders inbrünstig um die weitere Gunst der in seinem „Hauptverband“ zum guten Teil aus Unkenntnis der näheren Verhältnisse mitmachenden Arbeitgeber. Er warnte eindringlich vor dem Beitritt zu einem neuen Krankenfassenverbande, der, wie er mittelste, sich auf nationaler Grundlage konstituieren soll. In seiner Ansicht, die Arbeitgeber und auch einzelne national gefinnte Krankenfassenvertreter aus Arbeiterkreisen, die ihm nachzukommen nicht nur patriotisch, sondern sogar „reaktionär“, indem er betonte, daß in allen Arbeiter- und Angehörigenfragen in erster Linie das Allgemeinwohl vor dem Wohl des einzelnen Standes in Frage käme, das Unternehmern und Arbeiter zusammen gehören, daß er bereit sei, die in der Wirksamkeit befindlichen Unternehmer in den Kasen zu schüßen, sobald sie gar nicht merkten, daß sie sich in der Widerhohe befänden. Fräßdorf wurde ordentlich konservativ, kein Unternehmer und national gefinnter Arbeiter konnte anders denken.

Für den Kenner sozialdemokratischer Fische war es geradezu wiederlich anzuhören, und das Beispiel vom Fuchs, der den Eseln predigt, kam den wissenden Krankenfassen nicht aus dem Sinn. Fräßdorf tügte sogar seinen Ruf vor sich, als sich der Arbeitgebervertreter Voller-Köln und Justizrat Meyer-Frankenthal gegen die teils sinnlosartigen Wendungen des sächsischen Referates wandten, und meinte bezeichnenderweise:

„Wir müssen den Kollegen Graf, der ja sonst gut tanzt, doch etwas strenger behandeln und ihm in Zukunft einige Tanzmeister mehr zur Seite stellen.“

## Friedrich Wilhelm Förster über den Klassenkampf.

III.

Der Schweizerische Genossenschaftler S. Müller sagt in seiner Schrift „Die Klassenkampftheorie“: „Statt daß die Arbeiterbewegung, wie es in der Natur der Sache läge, mit der Zeit — sie selbst doch nicht mehr in den Stagesjahren — alle ihre Schritte immer gewissenhafter überlegen und immer bescheidener handeln würde, beobachten wir nicht selten an ihr ein aller Klugheit und vernünftigen Ermüdung spottendes, gefährliches Vorgehen. Es ist geradezu eine Signatur der gegenwärtigen Situation in der Arbeiterbewegung, daß in ihr oft die unreifen und unklaren Köpfe den Ton angeben und den größten Einfluss ausüben können, während die älteren, erfahrenen und erprobten Vertrauensmänner und Führer je länger je mehr ihren Einfluss schwinden lassen und sich still verhalten müssen.“

Das Aufkommen und rapide Wachsen der sogenannten „gelben Arbeiterbewegung“ an vielen Punkten der festländischen Arbeiterschaft ist auch nur ein Symptom der hier geschilderten Situation: Es fehlt eben den bloßen Klassenkampf-Organisationen immer mehr an einer tieferen moralischen Autorität gegenüber ihrer eigenen Klasse, der Eindrud finstlicher Kriecherei und unfruchtbarer Tropfpolitik ist eben so überwältigend, die terroristische Anmaßung kleiner Gruppen „Zielbewerber“ oft so unerträglich für die besonnenen Elemente in den Werkstätten, daß eine solche Sezession schon lange vorauszuversuchen war. Erzweierlich wird diese Sezession sehr wohlartig auf die „Zielbewerber“ wirken, wenn sich auch die Unternehmerrschafft nicht darüber täuschen soll, daß die Arbeiterfrage auf solichem bloß individualistischen Wege nicht gelöst wird. Große, das ganze Gewerbe umfassende Organisationen der Arbeiterschaft entspringen trotz aller „Hinderkräften“ doch allein den Bedürfnissen der großen Industrie nach gleich-

mäßigen Abmachungen, dauernden Verträgen, zentralisierten Verantwortlichkeiten. Die große nationale, ja die internationale Berufsorganisation gehört zum Prinzip des Großbetriebes und zu seiner Tendenz nach einheitlichen Regelungen — ja solche durchgehende Berufsorganisation der Arbeiter ist oft geradezu eine Hilfe für die besten Elemente der Unternehmerrschafft, die unklare Konkurrenz zu eliminieren und zu kontrollieren. Man denke an die wachsende Entwicklung der Paritätsgemeinschaften! In England ist die Erstling der großen Gewerkschaften ein wahrer Schuß gegen die sozialen Streiks und die Werkstätten-Revolution, wie sie aus der ungebremsten Impulsivität bloß lokaler Arbeiterverbände entspringen.

Aber, wie gesagt, entartet die zentrale Organisation derartig, wie dies sehr vielfach auf dem Festlande geschieht, geht von ihr eine so antisoziale Wirkung aus, die ganze Arbeiterschaft, so bleibt nichts anderes übrig, als ihr von allen Seiten eine gründliche Lehre zu erteilen, und ihr mit aller Konsequenz zu zeigen, daß es so nicht weiter geht. Teilt die leitende organisierte Arbeiterschaft nicht prinzipiell aus ihrer moralischen Isolierung heraus, so wird sie der Stagnation und Auflösung verfallen.

Man kann der organisierten Arbeiterschaft darum keinen besseren Rat erteilen, als endlich von den praktischen Engländern die reale und praktische Bedeutung der moralischen Kräfte und der Arbeit am persönlichen Charakter zu lernen und den Wahn aufzugeben, als hätte es mit diesen grundlegenden Dingen noch Zeit bis „nach der Katastrophe“. Der englische Arbeiter weiß, daß soziale Organisation organisierte Charaktere voraussetzt und daß eine große reformatorische Bewegung durchaus eine geeignete Atmosphäre schaffen muß, in der das Charaktervolle im Menschen erlauchtet und alle ziellose Rohheit und Monotonie entmutigt wird, auch wenn sie einer fremden Klasse zugehört ist. Sonst erteilt man nur eine Diktatur der Charakterlosen in der eigenen Klasse. Wo hätte man je von einem sozialdemokratischen Arbeiterführer solche Worte gehört, wie

sie z. B. John Burns nach dem großen Doder-Streit an die Arbeiter Orlondons richtete:

„Wenn ich 6 Wochen oder zwei Monate nach diesem Streit wieder nach Londons Orlond kommen möchte ich Euert Heim reinlicher und heller finden als heute. Ich möchte ein Zeichen sehen von der Tatsache, daß der Streit Euch als Menschen moralisch besser gemacht hat. Ich möchte manche Euere Frauen an ihren Gesichtern weniger die Zeichen Euere brutalen Verhandlung tragen sehen. Ich wünsche, daß dieser Streit, der schon durchgeführt ist, und wie ich glaube, auch schon gewonnen werden wird, einen Wendepunkt bedente in dem Leben des unwissenden Mannes, der diese Gelegenheit benutzen wird, morgen besser erzogen zu sein, als er heute ist.“

In einem englischen Arbeiterflugblatt las ich einmal: „Barum trete ich der Gewerkschaft bei? Weil sie mich an meine Mitmenschen denken lehrt — und das ist eine große und wichtige Sache, ohne die das Leben öde und unglücklich wird.“ Man sieht, wie hier nicht der Ingrimm gegen das Unternehmerrtum, sondern der Appell an das innere Leben zum Ausgangspunkt der Agitation gemacht wird. Und mit Recht. Alle großen weltgeschichtlichen Bewegungen verbündeten sich mit einem höheren Verlangen im inwendigen Menschen. Dies Verlangen lebt auch im modernen Arbeiter. Man muß es nur zu treffen wissen, statt durch die monotone Schimpferei nur das tolle Tier in ihm zu erregen und ihm die Illusion beizubringen, daß durch solchen bloßen schmutzigen Kampf um die Macht dertzeit eine höhere Kultur für die ganze Menschheit „erobert“ werde. Die Arbeiterbewegung braucht wirklich einen neuen Passa, der die „verdammte“ Bedürfnislosigkeit auch einmal auf moralischem Gebiete besänftigt und sich einmal gründlich des Menschen aninnimt, statt vor lauter Klassen-Philosophie und Klassen-Dynamik vollständig die lebendige Persönlichkeit zu verlieren — das Fundament aller Organisation und aller Kultur. Es ist meine feste Überzeugung, daß die Arbeiterbewegung nicht bloß aus Rücksicht auf die höheren Dinge,

Gräß entschuldigte sich denn auch am andern Tage wohl oder übel. Um die Arbeitgeber noch weiter zu überrücken, erklärte Fräßdorf in seinem Schlusswort, daß ihm unter Umständen ein Arbeitgeber als Vorsitzender der Krankenkasse noch lieber sei als ein Arbeitgebervertreter. Mit theoretischer Pose rief er am Schluß aus: „Man will durch einen neuen Verband die Politik hineintragen, um Arbeitgeber und Arbeiter auseinander zu reißen; wir müssen so einsig sein und bleiben, wie das Deutsche Reich.“ Höher geht's nicht nimmer.

Ueber Einnahmen und Ausgaben der Kasse des „Hauptverbandes“ erfährt die Öffentlichkeit nichts. Fräßdorf otrierte der Generalversammlung einfach den Vorschlag auf: so wie bisher auch jetzt die Kasse von den Frankfurter Delegierten (natürlich Genossen) drüben zu lassen, was denn auch geschah. Jedoch gab weder einer der Kassenprüfer einen Bericht über den Stand der Kasse und über die Verwendung der Gelder, noch findet man darüber irgend eine Angabe im gedruckten Geschäftsbericht — recht sonderbar. Wenn man sich nun fragt, welche Gründe die Sozialdemokratie veranlassen, in so widersprüchlicher Weise Neutralität zu heucheln, so liegen diese Gründe dem Kenner dieser Hinterschnecken durchaus klar vor Augen. Die Sozialdemokraten würden in dem Augenblick auf die Mitwirkung in dem angeblich neutralen Verband verzichten, wo sie nicht die Führung und Leitung, sowie die Kasse völlig in ihrer Hand hätten. So wie es ist aber kann ihnen dieser „neutrale“ Verband durchaus recht sein. Die Beschlüsse und Resolutionen der bisher vom „Hauptverband“ der Crisrankenassen“ veranstalteten Generalversammlungen und Krankenkassenkongresse deckten sich im wesentlichen noch immer mit der Stellungnahme der sozialdemokratischen Partei, die diese gegenüber den sozialpolitischen Geseßen einnahm. Dieses hat besonders klar der letzte vom „Hauptverband“ und seinem „Tanzmeister“ Fräßdorf einberufene Krankenkassenkongress kurz vor Annahme der Reichsversicherungsordnung im Jahre 1911 mit seiner Stellungnahme bewiesen, und die letzte Generalversammlung in Köln nicht minder.

Mit Hilfe der von den schlaunen „Genossen“ dupierten Unternehmer und Kassenvorstände erhält die jeweilige Stellungnahme der sozialdemokratischen Fraktion gegenüber der Regierung und den bürgerlichen Parteien ein gewisses Relief. Ferner haben Fräßdorf und „Genossen“ erkannt, daß aus dem Meer der Kassen- und Bureauangeheißten für die sozialdemokratische Partei noch eine anschließende Zahl zu holen ist. Der „Hauptverband deutscher Crisrankenassen“ hat deshalb auch nur mit dem sozialdemokratischen Angestelltenverband, dem der sozialdemokratische Abgeordnete Giebel vorsteht, einen Tarifvertrag abgeschlossen. Auf diese, für Nichteingeübte unauffällige Weise, will man die große Zahl der Angestellten in die sozialdemokratische Organisation hineintragen. Das sind die beiden Hauptgründe; natürlich bestehen außerdem noch eine Reihe anderer Ursachen, wie z. B. Beeinflussung der öffentlichen Meinung im sozialdemokratischen Sinne, materielle Vorteile für die beteiligten Genossen usw.

So wie bisher kann es auf diesem Gebiete nicht weiter gehen, noch kann diesem Treiben ein Ziel gesetzt werden. Zwar sind schon nach ihrer Angabe 461 Krankenkassen mit ca. fünf Millionen Mitgliedern den sozialdemokratischen Drahtziehern ins Garn gegangen; es muß deshalb von allen Seiten, die es angeht, dafür gesorgt werden, daß die noch übrig bleibenden Zweidrittel der Krankenkassen nicht auch noch ins sozialdemokratische Netz gehen.

## Können die christlichen Arbeiter für die Errichtung von Landkrankenassen eintreten?

Befamlich verschwand am 1. Januar 1914 die bisherige Gemeinderkrankenkassen. Durch die neue Reichsversicherungsordnung werden von diesem Zeitpunkt ab ungefähr 7 Millionen Neubezeichnete in die Krankenkassen einbezogen. Es sind dies haupt-

sächlich land- und forstwirtschaftliche Arbeiter, die im Haus- und Randergewerbe Beschäftigten und die Diensthöten. Für diese Neubezeichneten soll die Errichtung von neuen Landkrankenassen, welche die A. V. C. in gewissen Fällen vorzieht, in Frage kommen. Sie können im Regime eines jeden Versicherungsamtes neben den allgemeinen Crisrankenassen errichtet werden, wenn nicht die Landeszentralbehörde diese Krankenart ablehnt oder das Versicherungsamt kein Verdictum dafür erteilt. Die Bundesstaaten Sachsen, Baden, Württemberg, sowie auch Elsaß-Lothringen lehnen fast gänzlich durch ihre Ausführungsbestimmungen die Zulassung von Landkrankenassen, und zwar von vornherein, ab.

Die zuständigen preussischen Minister für Handel und Gewerbe und für Forstwirtschaft, Forsten und Domänen allerdings betonen in einem jüngst herausgegebenen Erlaß an die nachgeordneten Behörden, daß die Einführung von Landkrankenassen überall dort erfolgen soll, wo die Eigenart der Verhältnisse es räthlich erscheinen läßt. Die Landkrankenassen sollen den Krankenversicherungen die Gewähr bieten, daß sie nicht von ihren künftigen Kollegen in den Crisrankenassen mit ihrem Einfluß zurückgedrängt werden. Ferner ist die preussische Regierung sehr darum besorgt, daß die Neubezeichneten nicht reich für die Selbstverwaltung ihrer Kasse sind. Und drittens will man die sozialdemokratische Wahlagitatio aus diesen Bevölkerungsklassen fern halten. Aus dem Grunde ist den Vorsitzenden in den Landkrankenassen das Wahlrecht zum Krankenkassenauschuß und Vorstand nicht gegeben. Dieses wird vielmehr von den Vereinerungen der Gemeinverbände ausgeübt. Es ist eine erwiesene Tatsache, daß in der Regel die Kassen mit Selbstverwaltung ganz naturgemäß das größte Interesse der Beteiligten ermeden, und damit auch ihren Ausbau und Fortschritt garantieren. Die A. V. C. behandelt aber auch noch in punkto Leistungen die Landkrankenassen gegenüber den Crisrankenassen unterschiedlich. Die Leistungen sind geringer und können sogar unter die Regelleistungen herabgesetzt werden. Wenn sie trotzdem leistungsfähig werden, sollen die Gemeinden mit Beihilfen beistimmen. Ohne Zweifel rechnen die Gesegeber schon mit solchen Eventualitäten, weil in manchen Landstrichen der Personenkreis ein zu kleiner werden wird, da ja die schon vielfach jetzt in den Crisrankenassen versicherten obengenannten Arbeiterkategorien laut Crisstatut versichert sind, sich dann der Landkasse nicht anschließen brauchen und dieses auch natürlich nicht tun werden. Ferner stellen die Hausgewerbetreibenden und Diensthöten keineswegs die guten Risiken dar, die man hier und da annimmt, das Umgekehrte könnte nachgewiesen werden. Zu erwarten sind in den Fällen, wo beide Krankenarten nebeneinander eingeführt werden, auch die Grenzreitigkeiten über die Zugehörigkeit der einzelnen Arbeiterkategorien, z. B. ob „gewerbliche Diensthöten“ oder nicht usw. Wenn man nun noch in Betracht zieht, daß durch die Errichtung von zweierlei Kassen ganz naturgemäß auch die Verwaltungskosten sich steigern, die doch eigentlich besser für die Versicherten verwendet werden könnten, so erscheinen vom verwaltungstechnischen, finanziellen und moralisch-rechtlichen Standpunkte aus betrachtet bei den Landkrankenassen der Nachteile so viele, daß die Einföhrungsbegründung der preussischen Minister als nicht stichhaltig erscheint. Der Einwand, daß die Neubezeichneten nicht eine genügende Vertretung bekommen, ist doch hinsichtlich, da ja das Proportionalwahlrecht bei allen aus der A. V. C. resultierenden Wahlen vorgesehen ist. Sozialistische Strömungen aber hält man auf die Dauer nicht dadurch von den Neubezeichneten ab, daß man ihnen Rechte vorenthält, die ihre Stangesenossen aus anderen Berufen bereits besitzen. Genau das Gegenteil könnte eventuell bei den Neubezeichneten ausgelöst werden, wenn es ihnen eines Tages bewußt wird, oder von den Sozialdemokraten zum Bewußtsein gebracht wird, daß sie auf dem Gebiete des Krankenkassenwesens gewissermaßen minder Rechtes sind. Darum erscheint es viel richtiger und zweckmäßiger, überall dort, wo bereits Crisrankenassen bestehen, oder wo irgendwo Industriebesetzung mit in Frage kommt, auf die Errichtung von Landkrankenassen zu verzichten. Damit kommen wir auch dem Gesichte der A. V. C. entgegen, indem die angebotene Zentalisation dadurch gefördert wird.

sondern auch um ihres eigenen Organisationswertes willen dazu gemungen sein wird, die ethischen Gründe wieder auf den Altar zu stellen, die der Marxismus heruntergestürzt hat — und von hier aus wird sie ebenso notwendig wieder für die christliche Religion empfänglich werden, und das um so eher, je mehr sich die leitenden Vertreter dieser Religion von Klassenanschanungen und von den saten Argumenten jener Leute frei zu halten wissen, die aus der Regelmäßigkeit, mit der sie täglich ihre Suppe auf dem Tisch haben, auf die Wichtigkeit unserer heutigen Zustände schließen. Die Religion des übermenslichen Opfers ist wahrlich die würdigste Inspiratio und Erziehung des Arbeitsmannes, der seinen großen Lohn hingeben soll um eines Organisationswertes willen, dessen Segnungen erit keine Entel erleben werden, und dessen etliche Entwidlungsstadien ihm Brot und Stellung wohl weit öfter gefährden und nehmen, als sichern und bereichern. Die christliche Religion ist auch allein im Stande, diese heroischen Kräfte des Opfers über die bloße Begeisterung des Augenblicks hinaus zu heben, sie zu heiligen, zu befähigen und für die ganze persönliche Kultur des Einzelnen fruchtbar zu machen, indem sie die Idee des Opfers auf alle Lebensverhältnisse anwendet und ihre tiefsten Segnungen erklärt — während die Sozialdemokratie alle jene wertvollen Kräfte vernichtend läßt, dadurch, daß sie dieselben mit niederen Lebenssätzen zusammenbindet und sie auf nichts Höheres, als auf den bloßen Klassenegoismus zu beziehen weiß. Daher jene weitverbreitete Ausföhlung des ganzen inwendigen Menschen, jene fundamentale geistige Verdünnung bei aller Gewandtheit des Intellekts, und auf tiefstem verschwiegenstem Grunde endlich jene absolute Gleichgültigkeit, die in der neuesten Generation der Sozialdemokratie jeder kantitatieren kann, der nicht von außen mit jugendlichen Illusionen herantritt, sondern ohne Voreingenommenheit hinter die Kulissen gelaufen hat. Viel hat hier eine wahrhaft seelenlose Agitatationsliteratur auf dem Gewissen — aber woher konnte sie so mächtig werden?

Zwischen den vier Weimarer lithographischen Anstalten und Steinbuckereien und dem Gesellenverband

der Lithographen, Steinbucker und verwandten Verufe wurde nach längeren Verhandlungen ein neuer Tarifvertrag abgeschlossen. Dieser hat Gültigkeit bis zum 30. April 1915; wird er nicht zwei Monate vor Ablauf gefündigt, so läuft er immer ein Jahr weiter. Tarifschlüsselgelegt wurden fast dieselben Lohn- und Arbeitsbedingungen, wie sie nach dem großen Ausstands- und Ausföhrungsstempel im Januar 1912 mit dem Scaupverband Deutscher Steinbuckereibesitzer vereinbart wurden. Darüber hinausgehend ist, daß der Mindestlohn für Ausgelernte beim Lehrern im ersten Gehilfenjahre 22 Mk., dann mindestens 25 Mk. die Woche beträgt. Für Ueberstunden werden Wochentags 25 v. S., nach 9 Uhr abends 33 1/2 v. S. und Sonntags 50 v. S. Aufschlag bezahlt. Die Firmen haben sich verpflichtet, für mögliche Ausbildung der Lehrlinge zu sorgen. Arbeitsmuster werden geliefert. Bei diesem Tarifabschluß erhielten außerdem alle Gesellen eine Lohzugelage von je 2 Mk. die Woche.

## Lohnbewegung in der Tapetenerzeugung.

Die Forstmitiergehilfen, welche Druckmalgen für Tapeten herstellen, haben durch eine im Jahre 1910 stattgefundene Lohnbewegung allgemeine Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen im deutschen Formtagergewerbe erzielt. Die diesbezüglichen Vereinbarungen erreichten am 1. Oktober 1912 ihr Ende.

Zum Zwecke der Beratung von Forderungen für einen neuen Tarif fand am 18. August in Berlin eine Gehilfenkonferenz statt, die von Vertretern aus allen Teilen Deutschlands besetzt war. Hier wurden die Berufsverhältnisse von allen Seiten beleuchtet. Dabei wurde hervorgehoben, daß die durch die letzte Lohnbewegung erzielten Lohnerhöhungen bei weitem nicht gleichen Schritt hielten mit der eingetretenen Verteuerung der Lebensmittel. Mißstände kamen ferner bei der Schöberung der Ueberstunden und Hausarbeit zur Sprache, in manchen Fällen werden jährlich von einem Gehilfen hunderte von Ueberstunden geleistet. Auch die von manchen Firmen getriebene Lehrlingszuchterei wurde erörtert, so beschäftigt ein Unternehmer in Thüringen seinen Gehilfen, aber 19 Lehrlinge. Die Konkurrenz war sich einig, daß diese und viele andere Mißstände beseitigt werden müssen. Eine große Zahl von Anträgen der einzelnen Verbandsfilialen lagen der Konferenz zur Beratung vor. Eingehend wurden alle Wünsche erörtert und gepriit. Schließlich stellte die Konferenz einstimmig folgende Forderungen auf: Umwandlung der Stundenlohnabrechnung in Wochenlohn; Feiertagsbezahlung; Entschädigung für Versäumnisse nach § 618 B.G.B.; Erhöhung des Mindestlohnes für Ausgelernte von 19,50 Mk. auf 21 Mk. und der Löhne bis zu 25 Mk. um 3 Mk., über 25 bis 30 Mk. um 2,50 Mk. und über 30 Mk. um 2 Mk.; Lohngahlung freitags während der Arbeitszeit. Festsetzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 52 Stunden. Gewährung des Aufschlags für jede Ueberstunde, und zwar von 25 v. S. für Heberarbeit vor 10 Uhr abends und 50 v. S. nach 10 Uhr abends und am Sonntagen; Gewährung einer viertelstündigen Pause, die in die Arbeitszeit einzurechnen ist, bei 2 Ueberstunden am Tage. Verbot der Beschäftigung von Heimarbeitern; alle Maßnahmen sollen die Vertragstschließenden von Fall zu Fall entscheiden; Arbeit nach Feierabend nach Hause zu nehmen, soll verboten sein. Lehrlingszahl: Auf je 5 Gehilfen soll ein Lehrling kommen; nur ein Lehrling zulässig ist, soll nach beendeten zweiten Lehrlingsjahre ein weiterer Gehilfing eingestellt werden können. Lieferung des Werkzeuges, besonders des Verbrauchsmaterials, z. B. von Feilen und Vorrichtungen. Die Kündigungsschritt soll 14 Tage und Kündigung nur am Lohntag zulässig sein. Arbeitsmangel soll zur Vermeidung von Entlassungen durch Verlängerung der Arbeitsdauer auf alle Gehilfen gleichmäßig verteilt werden. Die Maschinen sollen auf hygienische Rücksichten in besonderen Räumen aufgestellt werden.

Diese Forderungen sollen sofort der Prinzipalsorganisation eingereicht werden.

## Rundschau.

### Sozialdemokratische Streikbrecher.

Nach einem verloren gegangenen Streik in der Steinzeugfabrik Friedrichsdorf bei Mannheim (sah die sozialdemokratische Frankfurter „Volkstimme“ (N. 170, 1912) die Schuld an dem Fiasco u. a. auf Streikbrecher, die „aus orthodoxer Gegend“ stammten. Damit soll nur der Taubstumm verwechselt werden, denn keine „orthodoxen“, sondern sozialdemokratische Arbeitswillige haben den Kampf zu ungunsten der Arbeiter entfesselt. Ein Mitglied des sozialdemokratischen Töpferverbandes namens Lehmann, gleichzeitig Mitglied der Streikkommission, ließ sich mit noch fünf anderen Genossen, gelernten Töpfern, von der Direktion überziehen und zum Streikbruch verleiten. Daß unter der empörenden Arbeiterchaft von Röchlung geredet und die Summe von 500 Mk. genannt wird, sei nur nebenher erwähnt. Durch den Unfall der Töpfergenossen aber war der Streik verloren. Das verschämte die sozialdemokratische Presse und verucht mit dem Hinweis auf Arbeitswillige aus angeblich orthodoxen Gegenden den Blick von dem roten Streikbruch abzulenken.

### Die gelbe Arbeiterbewegung als Reaktion gegen den Radikalismus.

In der sozialdemokratischen Presse wird häufig die Behauptung aufgestellt, daß durch die Taktik der christlichen Gemeckschaften gelbe Arbeitervereine gegründet würden. Das soll besonders beim Ruberbergerarbeiterfreis und dessen Nachwehen in Erscheinung getreten sein. Hier verwickelt sich die sozialdemokratische Agitatio in schröffe Widersprüche. Einestills behauptet sie, die christlichen Gemeckschaften hätten sich umgewandelt, seien genau wie die Gelben zu werten, dann aber heißt es wieder, die Taktik der Christlichen habe die Gelben geüchtet. Wozu brauchten die Unternehmer dann noch gelbe Vereine zu gründen, wenn die christlichen Gemeckschaften sich zu Gelben entwickelten hätten?

## Bekanntmachungen des Zentralvorstandes

Mit dem Erscheinen dieser Nummer ist der 37. Weitraß pro 1912 fällig.

Einige Poststellen haben wiederum die Karten für das Reichs-Gewerkschafts-Amt nicht eingeliefert. Die Kartenzugaben den Poststellen stets mit der Zeitungsendung zu und wollen jene Ortsvorstände, denen vom Zeitungs-einfänger am Anfang des Monats keine Karte ausgehändig wurde, dieselbe dort, oder bei der Zentrale in Köln sofort reklamieren.

Soßling wurde in letzter Nummer irrtümlich als noch nicht abgerechnet bezeichnet.

Die Adresse des Gasseleiters für Bayern und Württemberg lautet J. Wäcker, München P. 19, Volkspark. 44 I.

Die Adresse des Kassierers und Unterstützungsaus-päfers für Wexau lautet nunmehr W. Drochelman, Buraartenstr. 38.

Abrechnungen liefern ein von Dreifach u. Karlsruhe. Der Zentralvorstand. J. A.: A. Kornbach.

## Gewerkchaftliches.

### Tarifsabluß der Lithographen und Steinbucker in Weimar.

Zwischen den vier Weimarer lithographischen Anstalten und Steinbuckereien und dem Gesellenverband

Beide sozialdemokratischen Behauptungen entbehren jeglicher Unterlage.

Tatsache dagegen ist, daß der sozialdemokratische Radikalismus den selben Verbrechen den gütigsten Resonanzenboden geschaffen hat. An sehr vielen Orten ist die gelbe Bewegung als direkte Folge aus sozialistischen Aktionen hervorgerungen. Im Jahre 1905 organisierten die sozialdemokratischen Gewerkschaften den großen Kampf in der böhmischen Metallindustrie. Als sichtbarster Erfolg blieb die gelbe Wertvereinsbewegung in Augsburg zurück, die sich nachher auf andere Industriezweige ausdehnte. Auch dransicher zeigte sich die gleiche Entwicklung in Berlin, wo die gelbe Bewegung als eine natürliche Reaktion gegen die Fehler und Auswüchse der sozialdemokratischen Politik zu betrachten ist. Fortwährend Heße und Verurteilung, unüberlegte Streiks mit einer Niederlage nach der anderen, Raiffeisen und andere Vorgänge konnten nur Organisationsmüdigkeit und Ueberdruß erzeugen und den gelben Boden bereiten. Das weiß man auch im sozialdemokratischen Lager. Im Jahre 1907 gab der Vorstand des freien Metallarbeiterverbandes eine Professore heraus: „Geschichtliches zur Raiffeisen in Deutschland“, in der es auf Seite 134 heißt:

„Die gelben Gewerkschaften sind ein Produkt der Raiffeisen. Die Einigkeit der Arbeiter ist gestört. . . . Die Raiffeisen 1906 hat nun den äußersten Ausstoß zur Entwicklung der gelben Gewerkschaften gegeben, und unsere Berliner Kollegen werden jahrelang zu tun haben, um dieses Übergewicht an der Arbeiterbewegung wieder abzukütteln.“

Dem Verzicht der Sozialdemokratie, die christlichen Gewerkschaften als Schrittmacher der Gelben zu verächtigen, kann mithin die wahre Tatsache entgegengesetzt werden, daß der sozialdemokratische Radikalismus diese Rolle mit Erfolg durchgeführt hat.

### Arbeiter und Staatsform.

Die Sozialdemokratie bürstet die monarchische Staatsform. „Wir erheben auf politischem Gebiete die Republik“, erklärte Pabel in der Reichstagsitzung v. 21. März 1891. Dieses Verlangen wird tagtäglich von den sozialdemokratischen Wortführern und Zeitungen wiederholt. Und wie die politische Sozialdemokratie, so sieht auch die sozialdemokratische Gewerkschaftsbewegung ins republikanische Horn. „Die zum Denken erwachte Arbeiterklasse ist schon aus dem Grunde republikanisch gesinnt, weil die Sozialisierung der Gesellschaft nur in einem republikanischen Staatswesen durchführbar ist.“ So schrieb der „Zimmerer“ (Nr. 27, 1912).

Nun ist aber eine leicht nachweisbare Tatsache, daß in den Ländern mit republikanischer Volksregierung schlechter für die Arbeiter gesorgt ist, wie anderswo. Pabel flieg auf dem Antierdamer internationalen Sozialistenkongreß, daß kein Land eine so volksheldliche Steuererhebung habe, wie die Republik Frankreich. Nehmen wir weiter Australien; hier herrscht die sogenannte demokratische Volksregierung; Vertreter der sozialistischen Arbeiterpartei sitzen am Ruder des Staatsschiffes. Und wie sieht hier nun für die Arbeiter aus? Das „Korrespondenzblatt“ der sozialdemokratischen Gewerkschaften Deutschlands (Nr. 24, 1912) bringt eine Uebersicht über die sozialdemokratischen Gewerkschaften, ihre Entwicklung und praktische Tätigkeit, und schloß zum Schluß seiner Darlegungen folgenden Klageraus:

„Streiks und Ausperrungen, die sich auf das Gebiet mehrerer Staaten (Australien hat Mehrlichkeit mit den Vereinigten Staaten Nordamerikas) erstrecken, sind durch das Gesetz des australischen Bundes betr. die Verteilung an Arbeitsverfügbarkeit, das seit 1904 besteht, verboten; die Strafe für Zuwiderhandlung beträgt 1000 Pfund Sterling oder etwa 20000 M.). Einzelstaatliche Streikverbote stehen in Kraft in Neu-Süd-Wales, Westaustralien, Südaustralien, Tasmanien und Neuseeland. In Neu-Süd-Wales, Süd-Australien und Tasmanien können gegen Streiker Gefängnisstrafen verhängt werden. In Neu-Süd-Wales werden auch schon wiederholt Streiker und „Anführer“ von Streiks in die Gefängnisse geworfen. Die längste Dauer der Gefängnisstrafe, 12 Monate, wurde gegen vier „Anführer“ verhängt. Die europäischen Arbeiter werden wohl kein Verlangen nach solchen Zuständen haben?“

Ganz gewiß nicht; aber ebensowenig Verlangen, wie die deutschen Arbeiter Verlangen nach dem australischen Zukunftsstaat haben, ebensowenig Sehnsucht haben die denkenden deutschen Arbeiter nach einer sozialdemokratischen Staatsreform in Deutschland selbst. Denn noch überall, wo „Genossen“ aus Ruher gekommen sind, hat ihre Verwaltungskunst schändlich Fiasko gemacht, ist das arbeitende Volk aus dem Regen in die Traufe gekommen.

### Werbeldmarkt. (Nach dem R. Arb. Bl.)

Aus der Papierfabrikation lauten die Berichte zumeist günstig, wenigstens sich eine Abkühlung gegenüber dem Vormonate bemerkbar machte; aus Sachsen werden Lohndröhnungen gemeldet, die sich zwischen 8 und 10 v. H. bewegen.

Die Druckpapierfabriken, insbesondere solche für Zeitungspapier, waren, von einer Ausnahme abgesehen, zufriedenstellend, zum Teil stark beschäftigt. Auch die Luxuspapierfabriken hatten ziemlich gut zu tun.

Ein fächlicher Bericht aus der Kartonageindustrie bezeichnet die Lage im allgemeinen als etwas besser wie im Juni; nur Saisonartikel erfahren eine Verschlechterung.

Die Buchbindereien hatten nach einem Bericht aus Stuttgart wiederum gut zu tun, während ein Berliner Bericht den Geschäftsgang als schwach und schlechter als im Vormonate bezeichnet.

### Passive Reflexion in einer färbereibischischen Druckerei.

Der brutale Terrorismus der sozialdemokratischen Buchdruckerbänder des In- und Auslandes kennt keine Grenzen mehr. Wird irgendwo ein Mitglied einer

christlich-nationalen Organisation eingestift, dann legt der hille Terrorismus ein, und falls der Betroffene nicht seinen Beitritt in den roten Verband vollzieht, stellen oft genug die „Herren der Druckereien“ den Chef vor die Alternative, entweder den christlich-nationalen Druckern zu entlassen oder — der Betrieb steht still. Man macht sogar, wie wir schon nachweisen konnten, vor beherrschenden Druckern mit dem Terror nicht halt. Soeben kam die Nachricht aus Linz, daß der rote Verband auch in der fürstergbischschischen Druckerei eine Zweigvereinszucht führt. Die Reichspost Wien (Nr. 399, 28. August) schreibt:

„Differenzen in der fürstergbischschischen Druckerei in Linz. Aus Linz, 28. Aug., wird uns berichtet: Die vor kurzem durchgeführte Vergrößerung der technischen Abteilung der fürstergbischschischen Druckerei hatte u. a. auch die Reorganisation eines zweiten Maschinenmeisters zur Folge und wurde diese Arbeitskraft aus der christlich-sozialen Arbeiterorganisation in Brünn entnommen. Ueber die Aufnahme dieses christlich-sozial organisierten Arbeiters herrscht nun unter dem sozialdemokratisch organisierten Seperperionale eine Unzufriedenheit, die in einer gestern abgehaltenen Versammlung zum Ausdruck kam. In dieser wurde auch der Beschluß gefaßt, mit der passiven Resistenz einzusetzen. Infolge dessen erschienen heute die in der bezogenen Druckerei erscheinenden Blätter „A. M. A. M. A. M. A.“ und „R. A. M. A.“ in verringertem Umfang.“

Man sieht, wohin es kommt, wenn man sozialdemokratische Verbände durch allerlei Mittel großgezogen hat. Und trotzdem läßt man die christlich-nationale Buchdrucker-Organisation nicht zu ihrem Rechte kommen, hemmt also künstlich deren Entwicklung. Nur so weiter. Vielleicht spürt man doch mal auf eigenen Leibe, daß die letzten Tage schlimmer sein werden, wie die ersten.

### Papierfabrik Reisholz.

Kriegsgefahr in Düsseldorf. In der letzten Aufsichtsratsitzung wurde beschlossen eine Dividende von wieder 18 v. H. vorzuschlagen.

### Ein christlicher Führer wegen Meineid angeklagt.

So oder ähnlich war in den letzten Tagen eine Notiz in der Presse überflogen, in der mitgeteilt wurde, daß der Abg. Lsmald, Zentralvorsitzender des Verbandes der Staats-, Gemeinde- und Verkehrsarbeiter, wegen Meineid angeklagt worden sei. Am 19. Aug. wurde auch in der bayerischen Abgeordnetenkammer die Strafverfolgung gegen Lsmald behandelt. Die Kammer stellte sich auf den ablehnenden Standpunkt. Seit steht, daß der Antrag von dem bekannten, mehrmals verurteilten Johannes Wolf ausgeht. Wolf gibt nun, wie wir den Tageszeitungen entnehmen, als Zeugen die Arbeiter Weidemann, Garmisch und Luz als Braunschweiger an. Diese soll Cswald zum Meineid angezweifelt resp. verurteilt haben. Was davon zu halten ist, sagen am besten folgende Erklärungen der genannten Arbeiter, die in den Zeitungen veröffentlicht wurden:

„Zu dem auf Veranlassung des früheren Gewerkschaftsbeamten Joh. Wolf bei der Staatsanwaltschaft Aachenburg gegen den Herren Abgeordneten G. Cswald veranlassten Strafverfahren, Verleitung zum Meineid, erklären wir als die in der Sache von Herrn Wolf bezeichneten Personen folgendes:

1. Ich als in der Angelegenheit zunächst Teilnehmer erkläre, daß Herr Cswald weder schriftlich noch mündlich jemals versucht hat, mich zu beeinflussen, vor Gericht zu seinen Gunsten etwas auszusagen. Ich bin jederzeit bereit, dieses unter Eid zu betätigen. Braunschweig, den 18. August 1912.

G. Weidemann.“

2. „Auch wir erklären hiermit, daß Herr Cswald nie den geringsten Versuch gemacht hat, weder schriftlich noch mündlich, uns zu beeinflussen, vor Gericht zu seinen Gunsten auszusagen. Da wir noch nie in Sachen Wolf vor Gericht gestanden, haben wir auch nie Gelegenheit gehabt, überhaupt etwas für oder gegen Cswald zu bezeugen.

Wir finden es daher ungreiflich, wie Herr Wolf eine derartige Anschuldigung erheben kann. Rötigenfalls sind wir auch bereit, diese unsere Erklärung vor Gericht zu wiederholen. Braunschweig, den 16. August 1912.

G. Luz.“

### Aus den Zahlheften.

München. Seit längerer Zeit hatte unsere Zahlhefte keine so interessante und gut besuchte Versammlung zu verzeichnen, als die am 7. September. Galt es doch unseren allerehrten Gauleiter Kollegen Bäcker, den Begründer unserer Zahlhefte, welcher seinen Wohnsitz nun wieder in München aufgeschlagen hat, willkommen zu heißen. Die Begrüßung war denn auch besonders feierlich der älteren Mitgliedern aus den Gründungszeiten eine herzliche und das Wiedersehen ein freudiges. Nach Erledigung einiger geschäftlicher Punkte ergriß Kollege Bäcker das Wort und entwarf in kurzen Zügen ein Gesamtbild unserer heutigen wirtschaftlichen und sozialen Lage. Er schilderte in einem Gesamtüberblick die christliche Gewerkschaftsbewegung und deren Kampf mit den Gegnern, kam dann auf die Tätigkeit unseres Verbandes im allgemeinen, sowie auf das Wachsen und Gedeihen der einzelnen färbereibischischen Zahlstellen zu sprechen. Mit einem Appell zu treuer Mitarbeit in der kommenden Winterperiode schloß Kollege Bäcker seine Ausführungen, welche von den Versammelten mit reichem Beifall aufgenommen wurden. Eine sich daran anschließende Diskussion ergab noch verschiedene Anregungen und Ergänzungen.

Fulda. Unsere am Sonntag den 1. September stattgefundenen außerordentlichen Monatsversammlung erzielte sich eines regen Besuches, war es uns doch vergönnt, zum ersten Male den neuen Sekretär unseres Verbandes, Kollegen Sedlmayr, begrüßen zu dürfen.

Um 2 1/2 Uhr eröffnete der Vorsitzende die Versammlung mit einem herzlichen Willkommensgruß an sämtliche anwesenden Kollegen, insbesondere an die Mitglieder der Zahlhefte Dielefeld, die gekommen waren, um der Faderborner Kollegenchaft einen Gegenbesuch abzustatten. Kollege Sedlmayr wurde darauf das Wort erteilt zu seinem Vortrage über das Thema: Die Stellung der christlichen Arbeiter gegenüber dem Staat, den Unternehmer und der Sozialdemokratie. Die dreiviertelstündige Rede seufzte alle Anwesenden und fand lebhaften und ungetrübten Beifall. Am den Vortrag schloß sich eine Diskussion. In dieser wurden noch einige Anregungen gegeben, woraus die Versammlung am 4. Uhr mit einem Hoch auf den Graphischen Verband geschlossen wurden. — Am Montag Abend war eine zweite Versammlung, die sich wesentlich mit den Buchdrucker- und Buchbindereien beschäftigten Hilfsgewerkschaften betrafte. Auch diese erzielte sich eines regen Besuches. Ueberhaupt ist unsere Zahlhefte in einem recht erfreulichen Wachstum begriffen; ist sie doch in dem kurzen Zeitraum von 1 1/2 Jahren auf über 60 Mitglieder gekommen.

### Literarisches.

Im Verlage des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften ist soeben eine hochwichtige 118 Seiten umfassende Broschüre erschienen: Die Gelben, herausgegeben vom Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter. In dieser Schrift ist alles Material zusammengefasst, was auf den Titel Bezug hat. Dasselbe ist allem in Verdretreffen der Bewegung tcheidenden Kollegen auf das wärmste zu empfehlen. Sie bietet erschöpfendes Material zur Abhaltung von Vorträgen und sollte demzufolge in keiner Zahlheftbibliothek fehlen. Wir werden den Inhalt noch des näheren würdigen. Zu bestellen beim Generalsekretariat in Köln, oder beim Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter Deutschlands in Essen-Muhl. Preis für die Mitglieder der christlichen Gewerkschaftler 50 Pfa. pro Exemplar und Porto extra.

### Versammlungskalender.

Versammlungen finden statt:

- Aachen: Samstag den 14. September abends 8 1/2 Uhr, im Lokale Kreuzhausen, Grenzstr. 41. Vortrag über die neue Reichsversicherungsordnung.
- Augsburg: Jeden 2. Samstag im Monat im Gewerkschaftslokal „Schützenhalle“ Wintergasse 12.
- Barmen: Jeden 1. Samstag im Monat abends 8 Uhr im Lokal Wilhelm, Ludwigstr. 21 in Elberfeld und im Lokal Vogel, Röbigerstr. 16 in Barmen.
- Berlin: Jeden 1. Donnerstag im Monat bei Peuteri, Adenauerstr. 62.
- Bielefeld: Jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat im Lokal, Gen.-Haus bei Debour, Herforderstr. 24. Anfang 8 Uhr.
- Bonn: Jeden ersten Samstag im Monat, abends 9 Uhr im Restaurant König, Dornstraße 4.
- Donauesch: Jeden 1. Samstag im Monat im Gasthaus „Zum scharfen Eck“ (Karl Köhner.)
- Düren: Jeden 2. Sonntag im Monat vormittags 10 1/2 Uhr Versammlung bei A. Rinkenbergs.
- Düsseldorf: Nächste Versammlung 21. September Erscheinen ist Ehrenpflicht.
- Essen: Jeden 1. Dienstag im Monat, 8 1/2 Uhr im Restaurant Karl Rosen, Alfredplatz.
- Frankfurt: Samstag den 14. Sept. im gleichen Lokale, gemeinsame Abendunterhaltung.
- Freiburg: Samstag, den 21. September im Verkehrslokal Brauerer Garter, Schiffstr.
- Freiburg: Jeden letzten Samstag im Monat Versammlung im christl. Gewerkschaftshaus zum Jägerwirt.
- Kempten: Jeden ersten Samstag im Monat abends 8 Uhr im Restaurant „Central“.
- Köln: Samstag, den 14. Sept. im Verbandslokal Dried, Krefeldgasse. Kollegen und Kolleginnen, erscheinen vollständig!
- Münster: Samstag, den 14. Sept bei Siegmund, Elmensstr. Vollzähliges Erscheinen Ehrenpflicht.
- München: Samstag, den 21. September im Wiesmayergarten Schäferstr. 16.
- N.-Glabach: Jeden ersten Samstag im Monat bei Paul Vamberger (früher Wäbecke) Steppesstraße, Eck Wilhelmstr.
- Faderborn: Jeden 2. Montag im Monat im Büschhause Hagenborn. Jeden 2. Samstag im Monat in der Jahnbergstraße.
- Stuttgart: Jeden Montag nach Erscheinen der Zeitung abends 8 Uhr im Café zum Herzog Christophstr. 11 p.

### Zünftiger, selbständiger Buchbinder

für eine kleinere Buchbinderei in einer größeren Provinzstadt in Bestehen gesucht. Derseibe muß in allen vorstehenden Arbeiten bewandert sein, insbesondere im Einrahmen besserer Bilder, Farbvergoldben, Solbchnittmaden etc. Eintritt in längstens 8 Tagen. Lohn 30 M. und auch darüber. Mitglieder, welche auf diese Stelle reflektieren, wollen sofort Erfolge unter Angabe der Verbandsbuchnummer bei der Expedition Dr. G. einreichen.

Verantwortlich: H. Hornbach-Köln, Dahnstraße 14. Köln-Ehrenfelder Bandbinder, Klarastr. 9.